

A photograph of a person in a dark suit pulling a thick, light-colored rope. The person's hands are visible, gripping the rope firmly. The background is plain white.

# Das große Tauziehen

Seit Anfang des Jahres erhalten Krankenhäuser von den Kassen ein eigenes Budget für neue Pflegekräfte. Damit entstehen viele gut bezahlte Arbeitsplätze. Pflegeheime und ambulante Dienste könnten das Nachsehen haben.



**S**eit Jahren kommt keine Diskussion über den Zustand der Pflege in Deutschland ohne dieses Wort aus: Fachkräftemangel. Überall fehlt Personal. Die Hilferufe der Branche werden immer lauter, die Politik hat reagiert. Doch ihr Lösungsansatz könnte die Situation für einige Pflegeanbieter noch verschlimmern.

Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) bekommen seit dem Jahreswechsel Krankenhäuser jede zusätzliche Pflegestelle vollständig refinanziert. Sie erhalten dafür ein eigenes Pflegebudget. Auch Tarifsteigerungen übernehmen die Krankenkassen. Das garantiert ein eigener Rechnungsaufschlag für 2020. Altenheime und ambulante Pflegedienste dürften das mit Sorge beobachten. Ihr Personal könnte Richtung Krankenhaus abwandern.

### Neue Ausbildung verschärft Situation

Die neu geschaffenen Stellen an Krankenhäusern sind sehr attraktiv. Der Gehaltsunterschied zur Altenpflege kann monatlich bis zu mehr als 1000 Euro betragen. „Wir befürchten, dass die meisten Fachkräfte in die Kliniken abwandern werden und die generalistische Pflegeausbildung wird die Situation noch verschärfen“, sagte Alexander Lohse, Geschäftsführer der Volkssolidarität, schon

im Oktober vergangenen Jahres im Interview mit Wohlfahrt Intern. Mit der neuen Pflegeausbildung könnten Auszubildende leichter zwischen den Bereichen Krankenhaus und Altenhilfe wechseln.

Während die neuen Regelungen Krankenhäusern ermöglichen, Lohnerhöhungen vollständig refinanziert zu bekommen, sind Pflegeheime gezwungen, Gehaltssteigerungen für Mitarbeitende mit höheren Eigenanteilen von Bewohnern auszugleichen. Außerdem führt der Personalmangel bei ambulanten Pflegediensten und stationären Einrichtungen schon seit geraumer Zeit dazu, dass sie keine Neukunden mehr annehmen können. Wandern mehr Pflegekräfte zu den Krankenhäusern ab, verschärft sich das Problem noch weiter.

Bereits jetzt werben viele Krankenhäuser Pflegepersonal aus der Altenpflege ab und bezahlen teilweise große Summen für neu eingestellte Pflegekräfte. Das zeigt Wirkung. So zahlt das Diakoniekrankenhaus in Bremen neuen Pflegekräften eine Prämie von 10000 Euro. Damit will der Träger Pflegerinnen und Pfleger für eine neue orthopädische Station mit 25 Betten gewinnen. Die Angestellten erhalten das Geld, wenn sie mindestens 18 Monate im Haus bleiben. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber hat sich mit dieser Aktion um 70 Prozent erhöht. Dafür sorgte auch eine Prämie für bereits an-

gestellte Pflegekräfte, wenn sie eine neue Pflegefachkraft vorschlagen und diese die Probezeit erfolgreich absolviert. Die geglückte Anwerbung lässt sich das Krankenhaus 5000 Euro kosten. Die Verlierer der Aktion dürften die Pflegeeinrichtungen im Umkreis des Krankenhauses sein.

### Wenige Anträge in der Pflege bewilligt

Auch Pflegeheimen hat das Bundesgesundheitsministerium mit dem PpSG 13000 zusätzliche refinanzierte Stellen versprochen. Die Umsetzung dazu ist jedoch schleppend angelaufen, wie eine kleine Anfrage der FDP an die Bundesregierung ergab. Demnach hätten Einrichtungen bundesweit bis Mitte Juli vergangenen Jahres 2800 Anträge auf das Zusatzgeld gestellt. Lediglich 300 wurden bis dahin der Bundesregierung zufolge bewilligt, da bei den Anträgen häufig notwendige Unterlagen fehlten.

Krankenhäuser profitieren, die Altenhilfe blutet aus? Wir haben Andreas Heil, den stellvertretenden Geschäftsführer der brandenburgischen Volkssolidarität, und Christoph Radbruch, den Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes (DEKV), gefragt, welche Folgen Sie vom PpSG für die Personalsituation in der Pflege erwarten. ►

**Robert Vömel**

[voemel@wohlfahrtintern.de](mailto:voemel@wohlfahrtintern.de)

Krankenhaus

## Wir befürchten keine Konkurrenz



**Christoph Radbruch**  
ist Vorstandsvorsitzender des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbands (DEKV).  
[office@dekv.de](mailto:office@dekv.de)

► Ab 2020 sieht das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) vor, die Finanzierung der Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser auf eine neue, von den Fallpauschalen unabhängige, krankenhausespezifische Vergütung umzustellen. Der DEKV geht davon aus, dass es im Bereich der Diakonie nicht zu einer Konkurrenzsituation zwischen Krankenhaus und Altenpflege kommen wird, da das Fachpersonal in beiden Bereichen bei diakonischen Einrichtungen dieselbe Eingruppierung im kirchlichen Tarifregelwerk hat und damit schon heute gleich vergütet wird. Bei gleicher Bezahlung ist es eher ausschlaggebend, dass die jeweiligen Berufsbilder für die Bewerber unterschiedlich attraktiv sind.

Es gibt zwar bereits heute in einigen Krankenhäusern eine übertarifliche Bezahlung oder Zulagen, die im Einzelfall sicher ein Beweggrund bei der Wahl des Arbeitgebers sein können. Doch auch Kliniken, die schon solche Vorteile anbieten, sind weiterhin vom Fachkräftemangel betroffen. Großen Einfluss auf die Gewinnung von Mitarbeitenden haben vor allem die Arbeitsbedingungen. Das gilt sowohl für die Kranken- als auch für die Altenpflege. Die Beschäftigten erwarten, dass die Arbeitgeber auf ihre Wünsche bei der Gestaltung der Arbeitszeiten und des Arbeitsvolumens flexibel eingehen.

Unsere Mitglieder stellen sich der Herausforderung, sich als attraktive Arbeitgeber zu positionieren und entwickeln flexible Arbeitszeitmodelle sowie Maßnahmen, um die typischen Belastungen gezielt zu reduzieren. Wir sind überzeugt, dass die Veränderungen durch das PpSG den Fachkräftemarkt beeinflussen werden, eine Konkurrenzsituation zwischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen im diakonischen Netzwerk befürchten wir jedoch nicht. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass es künftig für alle Arbeitgeber wichtig sein wird, sich offen für die Bedürfnisse der Mitarbeitenden zu zeigen und Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Arbeit und Familie zu schaffen. ■

Pflege

## Altenpflege wird geschwächt



**Andreas Heil**  
ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkssolidarität Brandenburg.  
[andreas.heil@volkssolidaritaet.de](mailto:andreas.heil@volkssolidaritaet.de)

► Eine Stärkung der Pflege im Krankenhausesektor hat auch immer eine Schwächung der Altenpflege zur Folge, insbesondere für die Berufsgruppen der Gesundheits- und Krankenpflegerinnen sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen. Denn diese sind in beiden Bereichen beheimatet. So nachvollziehbar es ist, dass Pflegekräfte die Arbeit in einem Krankenhaus der Tätigkeit im ambulanten Pflegebereich vorziehen würden, eine weitere Verschiebung zuungunsten der ambulanten Pflege wäre eine Katastrophe.

Angesichts der angespannten Lage im Bereich der ambulanten Pflege ist aus unserer Sicht alles zu vermeiden, was die Situation noch komplizierter macht. Viele Pflegedienste müssen zurzeit Klienten ablehnen, weil sie mit ihrer personellen Kapazität an ihre Grenze gelangt sind. Von der Landes- wie auch der Bundespolitik ist bislang keine substanzielle Hilfe gekommen. Die Ankündigung der Bundesregierung, 7000 weitere Pflegeausbildungsplätze zu schaffen, ist nicht zielführend und unverständlich. Allein in Brandenburg sind 1300 Pflegeausbildungsplätze nicht besetzt.

Um hier eine wesentliche Verbesserung zu erzielen, haben sich die Volkssolidarität Brandenburg und ihre Verbandsbereiche dafür entschieden, unter anderem den Beschäftigten in der ambulanten Pflege ab Oktober 2019 Tarifgehälter zu zahlen. Die Volkssolidarität hofft, damit einen Attraktivitätsschub für ihre Einrichtungen auszulösen, weil die neuen Gehaltsstrukturen auch positive Auswirkungen auf die Motivation der Beschäftigten und auf die Arbeitsbedingungen haben werden. Eine Herausforderung der besonderen Art sind die Gespräche mit den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen über die höheren Preise für erbrachte Pflege- und Betreuungsleistungen, die auf sie infolge der Tarifbindung zukommen. Unsere Leitungskräfte werden aus diesem Grund in den Gesprächen besonderen Wert darauf legen, unseren Pflegebedürftigen die Gründe für die Änderungen der Vergütungen genau zu erläutern. ■